

„Wirtschaft nachhaltig gestalten - Handlungsmöglichkeiten der Bundesländer“
Arbeitstagung der norddeutschen Eine Welt-Landesnetzwerke in Kooperation mit der Außenstelle Nord von Engagement Global
Am 29.08.2019 in Hannover

Grußwort von Dr. Bernd Althusmann
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Es gilt das gesprochene Wort!

Klimawandel, Verlust von Biodiversität, Armut, Hunger und häufig mit hohem Ressourcenverbrauch verbundenes Wirtschaften zeigen aktueller denn je, dass weltweit umgesteuert werden muss.

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2015 erhielt die Nachhaltigkeitspolitik neuen Rückenwind. Alle Staaten haben sich mit den 17 Sustainable Development Goals (SDGs) zur gemeinsamen Verantwortung bekannt, rund um den Globus für gute Lebensperspektiven zu sorgen.

Die globale Entwicklung soll sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig gestaltet werden. Es wird deutlich, dass Klimapolitik, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung untrennbar miteinander verwoben sind.

Nach meiner Überzeugung wird es darauf ankommen, dass dazu insbesondere die Industriestaaten, aber auch die Länder des globalen Südens ihren Beitrag leisten.

Die Europäische Union ist gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten Vorreiter bei der Umsetzung der Agenda 2030 und hat wichtige Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs ergriffen.

Dabei ist die Orientierung an nachhaltiger Entwicklung der wesentliche Leitgrundsatz für alle Politikbereiche der EU, und in allen EU-Strategien und -Initiativen werden die Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt.

Exemplarisch für die Umsetzung ist die gemeinsame Afrika-Strategie der EU zu nennen, deren Ziel es ist, für die Beziehungen zwischen Afrika und der EU ein neues strategisches Niveau mit einer verstärkten politischen Partnerschaft und einer verbesserten Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu erreichen.

Auch Deutschland will als wichtiges Industrieland bei der Umsetzung der SDGs eine Vorreiterrolle übernehmen. Dazu sind die Bundesressorts, allen voran das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aber auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Auswärtige Amt, schnell und umfassend aktiv geworden.

So wurden Vorgaben für Unternehmen, wie beispielsweise der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte aufgestellt und eine Initiative für Afrika gestartet. Zudem wurde ein intensiver Dialog mit der Wirtschaft geführt.

Sehr deutlich haben sich die deutschen Wirtschaftsverbände positioniert, die sich ihrer Verantwortung in diesem Prozess bewusst sind: Aktivitäten von Unternehmen können zur regionalen, wirtschaftlichen und politischen Stabilität, zum Ausbau der Infrastruktur und zur Stärkung des lokalen Arbeitsmarktes in erheblichem Maße beitragen.

Die deutschen Industrieunternehmen wollen ihre guten Ideen und Technologien weltweit zur Anwendung bringen und so in den Zielländern Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. In Entwicklungs- und Schwellenländern schaffen deutsche Unternehmen Wirtschaftskraft, schaffen Arbeitsplätze und somit Zukunftsperspektiven.

Für mich ist die nachhaltige Gestaltung der deutschen Wirtschaft in erster Linie eine nationale Aufgabe, die bundesweit umgesetzt werden muss. Die Bundesländer können und wollen diese Aktivitäten flankieren und unterstützen.

Niedersachsen hat damit frühzeitig begonnen. Bereits 2015 wurden von der Landesregierung entwicklungspolitische Leitlinien beschlossen. Die Leitlinien des Landes Niedersachsen zeigen die Grundlinien der niedersächsischen Entwicklungspolitik auf und benennen gleichzeitig konkrete Handlungsfelder. Entwicklungspolitik ist damit zur Querschnittsaufgabe der niedersächsischen Ministerien geworden. Das Land Niedersachsen konzentriert seine entwicklungspolitischen Maßnahmen auf die folgenden sechs Handlungsfelder:

- Bildung und Jugend
- Wissenschaft und Forschung
- Umwelt, Energie und Klimaschutz
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
- Bürgerschaftliches Engagement, interkultureller Dialog und Kulturaustausch
- Demokratie, Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln.

Unter Federführung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung wurden in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der Zivilgesellschaft konkrete Ziele und Maßnahmen zur nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft erarbeitet.

Dabei haben alle Beteiligten betont, dass nicht nur Unternehmen Treiber einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung sind, sondern auch der Staat und seine Einrichtungen sowie die Zivilgesellschaften ihren Beitrag leisten können.

Nicht nur die Produktion von Gütern, sondern auch die Art und Weise, wie wir konsumieren, kann noch ressourcenschonender, umweltfreundlicher, sozialverträglicher und damit nachhaltiger werden.

Deshalb wurden in Niedersachsen Maßnahmen erarbeitet, die das Ziel haben, eine größere Akzeptanz oder Umsetzbarkeit des Fairen Handels bzw. der verantwortlichen Beschaffung bei den Betroffenen zu erreichen. Hierbei kommt auch den Akteurinnen und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle zu. Sie können informieren, Potenziale aufzeigen und mobilisieren.

Mit Blick auf wirtschaftliche oder unternehmerische Aktivitäten haben auch die öffentliche Hand und Verbraucher die Möglichkeit, Änderungen herbeizuführen, in dem sie durch Rahmensetzungen bzw. durch ihr Verhalten die Nachfragesituation ändern. Das Vergaberecht ermöglicht nachhaltige Beschaffungen. Wir setzen hier auf Aufklärung und Information, damit diese auch gut genutzt werden.

Die Beachtung von Menschenrechten ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Nachhaltigkeit und der SDGs. Hierbei möchte ich die Bedeutung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte des Bundes ausdrücklich betonen. Auch in Niedersachsen wurden und werden die Unternehmen darüber informiert.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, die niedersächsische Wirtschaft für die Situation der Entwicklungsländer zu sensibilisieren. Hier sind die Organisationen der Wirtschaft bereits aktiv. Nennen möchte ich ausdrücklich die Industrie- und Handelskammern, die eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt haben.

Zahlreiche Unternehmen in Niedersachsen haben großes Interesse an der Thematik und sind auch bereits aktiv, weil vielen bewusst ist, dass Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, langfristig erfolgreicher sind. Es gilt, die guten Beispiele noch besser bekannt zu machen und weitere Unternehmen zu nachhaltigem Wirtschaften zu motivieren.

Mir ist es besonders wichtig, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Niedersachsen und den afrikanischen Staaten gestärkt und weiter ausgebaut werden.

Für Millionen Menschen in Entwicklungsländern sind schlechte Arbeitsbedingungen Alltag. Viele unserer Produkte werden dort unter nicht akzeptable Bedingungen hergestellt. Wir alle haben Bilder von illegalen Minen in Afrika vor Augen oder erinnern uns an Berichte über Fabriken, in denen Sicherheitsstandards nicht eingehalten oder Hungerlöhne gezahlt werden. Hinzu kommen die schwierigen Umweltbedingungen, die eingeschränkten Bildungsmöglichkeiten und schlechte wirtschaftliche Perspektiven vieler Menschen.

Als Wirtschaftsminister ermutige ich die niedersächsischen Unternehmen, sich über die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. Hier gibt es oft Ansatzpunkte, in denen unsere Unternehmen ihre Kompetenz einbringen können.

Deshalb habe ich im letzten Jahr den niedersächsischen Außenwirtschaftstag unter die Thematik Afrika gestellt und werde noch in diesem Jahr mit einer Wirtschaftsdelegation Kenia, Uganda und Ruanda besuchen. Mit diesem besonderen Fokus auf Afrika möchte ich noch mehr niedersächsische Unternehmen dazu anregen, sich mit dem Kontinent verstärkt zu beschäftigen und ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten dort auszuloten.

Bei meinen Delegationsreisen lege ich großen Wert darauf, dass die mitreisenden Unternehmen über die Menschenrechtssituation vor Ort informiert werden und plane immer auch einen Austausch mit den politischen Stiftungen ein, die den Teilnehmenden ebenfalls ein umfassendes Bild über die Situation vermitteln.

Dies spiegelt sich auch in den festgelegten Schwerpunkten der Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Partnerprovinzen. Ein wichtiger Förderschwerpunkt der Landesregierung in den Partnerregionen in Subsahara-Afrika ist die berufliche Bildung, um jungen Menschen Zugang zu guter Ausbildung und Beschäftigung zu ermöglichen und ihnen eine Lebensperspektive zu eröffnen.

Niedersachsen hat im Rahmen der entwicklungspolitischen Leitlinien gemeinsam mit externen Kooperationspartnern aus der Entwicklungspolitik und anderen gesellschaftlichen Bereichen Maßnahmen zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung erarbeitet und umgesetzt.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung kann jedoch nicht vom Staat verordnet werden. Nur wenn alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Bürgerinnen und Bürger das Thema zu ihrer Sache machen, wird nachhaltige Entwicklung gelingen. Der VEN mit seinen vielfältigen Aktivitäten leistet hierfür einen wichtigen Beitrag.